A1 Gute Gründe, Grün zu wählen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 25.02.2019
Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag "Gute Gründe Grün zu wählen"

Antragstext

- 1 Liebe Wähler*innen,
2 die 12 Jahre grüner Regierungsbeteiligung waren nicht leicht – aber erfolgreich.
3 Vor allem haben wir durch eigene Anstrengungen erreicht, dass die
4 Neuverschuldung Bremens gestoppt wurde und Bund und Länder uns nun mit 400 Mio.
5 Euro jährlich unterstützen.
6 Wir haben dadurch neue Möglichkeiten für Investitionen: beim Klimaschutz, für
7 die Verbesserung von Kitas, Schulen und Hochschulen, für die Modernisierung von
8 Infrastruktur und Verwaltung. Für neue Ideen. Aber ohne neue Schulden.
9 Wir wollen wieder Regierungsverantwortung übernehmen. Wir sind überzeugt: Grün
10 macht den Unterschied! Dafür bitten wir Sie am 26. Mai um Ihre Stimmen.
11 Ihre Maïke Schaefer
12 Klimaschutz, jetzt!
13 Schmelzendes Polareis, Zunahme von Extremwetterereignissen: Der Klimawandel ist
14 nicht mehr nur drohende Gefahr, sondern bereits Realität. Ihn nicht zur
15 Katastrophe werden zu lassen, ist die globale Herausforderung unserer Zeit. Wir
16 müssen Klimaschutz international und lokal machen, wir müssen ihn heute machen,
17 radikaler und durchgreifender.
18 Wir wollen deshalb bis 2023 in Bremen Schluss machen mit der Kohleverstromung.
19 Wir wollen die fossilen Energieträger durch CO₂-neutrale Alternativen ersetzen,
20 das gilt auch für den Verkehr. Wir wollen die energetische Sanierung
21 öffentlicher Gebäude forcieren, Energieeffizienz in Produktion und Haushalten
22 fördern.
23 Wir unterstützen eine ehrgeizigere Klimapolitik der EU und strengere Vorgaben
24 für den Ausbau der erneuerbaren Energie und der Energieeinsparung. Dafür ist
25 eine europäische CO₂-Steuer sinnvoll.
26 Klimafreundlich mobil
27 Alle möchten schnell, bequem und sicher von einem Ort zum anderen kommen können.
28 Wir GRÜNEN wollen Mobilität ohne Dreck, Lärm, Staus und ohne Gefahren für die
29 Gesundheit und das Klima. Deshalb wollen wir eine Verkehrswende, die konsequent
30 auf den Umweltverbund setzt: Mit Bahn und Bus, Rad und zu Fuß. Und Fahrzeugen
31 mit klimafreundlichen Antrieben.
32 Wir werden den ÖPNV ausbauen und attraktiver machen, auch durch Einführung eines
33 Jahrestickets für 365 Euro. Wir wollen die Mittel für den Ausbau des
34 Radwegenetzes vervierfachen, zwei neue Weserbrücken für Fuß und Rad bauen.
35 Wir wollen die Innenstadt zwischen Wall und Weser bis 2030 vom Autoverkehr
36 befreien und damit ihre Aufenthalts- und Nutzungsqualität erhöhen.

37 Mit der Natur leben

38 Bremen und Bremerhaven sind grüne Städte, mit hohem Naherholungswert. Wir
39 wollen, dass das so bleibt. Deswegen sind wir gegen übermäßigen Flächenverbrauch
40 und Verkehr, gegen Gifteinsatz in der Landwirtschaft und in der Grünpflege. Wir
41 kämpfen gegen Plastikmüll. Wir wollen die Dächer begrünen, den Baumbestand in
42 unseren Städten schützen und weiter erhöhen, fördern das Gärtnern in der Stadt,
43 lassen die Natur auch mal wild wuchern. Auch die Bienen brauchen eine Heimat!

44 Zu einem guten Verhältnis zur Natur gehört auch eine gesunde Ernährung. Wie sie
45 aussieht, ist eine persönliche Entscheidung. Wir wollen aber wissen können, was
46 im Essen ist. Wir fördern Produkte aus der Region und sorgen dafür, dass in den
47 öffentlichen Einrichtungen von Kita bis Uni regionale, nachhaltig erzeugte und
48 gesunde Lebensmittel angeboten werden, die im Einklang mit dem Tierschutz
49 erzeugt wurden.

50 Neues bauen

51 Bremen braucht mehr Wohnraum, auch damit die Mieten bezahlbar bleiben. Unsere
52 erfolgreichen Anstrengungen werden wir fortsetzen und dafür auch neue Baugebiete
53 erschließen, ohne auf die grüne Wiese zu gehen: Die Kellogg's-Brache an der
54 Weser, das alte Gaswerk in Pusdorf, das Könecke-Gelände. Das Gelände der
55 Rennbahn Vahr soll Halbe-Halbe für Wohnen und für Freizeit erschlossen werden.
56 Die Osterholzer Feldmark und Brokhuchting bleiben tabu.

57 Wir wollen die Sozialwohnungsquote auf 30% erhöhen und städtische Grundstücke
58 nur noch in Erbpacht vergeben, ökologisches und soziales Bauen durch
59 Konzeptausschreibung fördern. Wir wollen dabei die Verwendung von
60 klimafreundlichen Baustoffen wie Holz und eine Neuerung des „Bremer Hauses“
61 anstoßen. Bei den großen Bauvorhaben werden wir die Bürger*innen frühzeitig
62 beteiligen.

63 Ökologisch-soziale Wirtschaft

64 Die Wirtschaft im Land Bremen ist erfolgreich, die Zahl der Arbeitsplätze ist
65 stark gestiegen, vor allem bei den Dienstleistern, dem starken Mittelstand und
66 High-tech-Branchen wie der Luft- und Raumfahrt. Wir wollen die
67 Wirtschaftsförderung stärker auf Gemeinwohlorientierung, Ressourcenschonung,
68 Klimaschutz und ökologischen Umbau ausrichten. Ökologie ist der zukünftige
69 Wachstumsmotor. Bremen kann wichtiger Standort für emissionsfreie Mobilität
70 werden!

71 Trotz einer wachsenden Wirtschaftsleistung ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen
72 zu hoch, mit anhaltenden Folgen für die Armut in den Städten. Unsere Maßnahmen
73 dagegen sind die Schaffung von „sozialer Arbeit“, die Förderung vor allem
74 alleinstehender Frauen durch flexiblere Kita-Angebote, vorausschauende
75 Qualifizierung für die fortschreitende Digitalisierung. Im Bund setzen wir uns
76 für eine durchgreifende Reform von Hartz IV ein.

77 Bildung, die allen gerecht wird

78 Vom Kindergarten bis zur Universität: Wir wollen und können jetzt erheblich mehr
79 Mittel in die Bauten und das Personal der Bildung investieren. In neue Kitas,
80 Schulneu- und

81 -umbauten, bessere Lehre an den Hochschulen. Unser Maßstab ist dabei Qualität
82 und Verlässlichkeit.

83 Wir wollen eine Bildung, die allen gerecht wird. Kinder und junge Menschen sind
84 verschieden, alle sollen das Angebot bekommen, dass ihnen am besten hilft, ihre
85 Möglichkeiten zu nutzen und Nachteile auszugleichen. Die Einführung der
86 Inklusion war eine tiefgreifende, positive Veränderung. Wir müssen sie jetzt mit
87 besserer Ausstattung weiterführen, auch an den Gymnasien. Damit die Schulen in
88 Ruhe an der Qualität arbeiten können, ändern wir an den Schulstrukturen
89 gegenwärtig nichts.

90 Die Schulen sollen größere Autonomie bekommen. So sollen sie selbst entscheiden
91 können, ob ihr Unterricht erst um 9 Uhr beginnt.

92 Integration statt Ausgrenzung

93 Die Aufnahme und Integration von Geflüchteten war die riesige Aufgabe der
94 letzten Jahre. Sie ist in Bremen gut gemeistert worden, auch wegen der
95 großartigen und tatkräftigen Hilfsbereitschaft der Bürger*innen in unseren
96 Städten – dafür sind wir dankbar.

97 Große Schritte sind schon gemacht, aber die Integration ist keine Kurzstrecke.
98 Wir wollen unsere Investitionen in Sprachkurse, in Bildung und Ausbildung
99 intensivieren, den Zugang zu Arbeit und Studium fördern. Wir setzen dabei auch
100 auf die Geflüchteten selbst, die etwa als Sprach- und Integrationsmittler*innen
101 arbeiten.

102 Wir werden weiter entschieden gegen die Hetze von Rechts gegen Geflüchtete und
103 Minderheiten auftreten, die unsere Gesellschaft vergiften will. Und gegen alle
104 Versuche, das Asylrecht einzuschränken. Auch dafür wird die grüne Stimme im
105 Bundesrat gebraucht!

106 Gute Nachbarschaft

107 Armut, die besonders hart viele Kinder trifft, hat sich in unseren Städten
108 festgesetzt. Wir wollen sie vor allem mit einer aktivierenden Sozial- und
109 Bildungspolitik überwinden. Aber die wichtigsten Regeln werden in Berlin
110 gemacht. Daher treten wir im Bundesrat ein für eine Erhöhung der Regelsätze, für
111 eine Kindergrundsicherung und eine Garantierente.

112 In Bremen wollen wir gute Nachbarschaft organisieren, die wichtigen sozialen
113 Netze fördern. Das bedeutet gute öffentliche Einrichtungen in allen Stadtteilen,
114 wie Kitas, Schulen, medizinische Versorgung, Sportanlagen – verstärkt dort, wo
115 sie besonders gebraucht werden. Die Quartierszentren und WIN-Programme werden
116 wir absichern, aber vor allem die vielen Initiativen für gegenseitige Hilfe und
117 Zusammenhalt vor Ort finanziell besser unterstützen. Gegen Vereinzelung, für
118 mehr Teilhabechancen.

119 Gleichheit, Freiheit, Vielfalt

120 Die diesjährige Eiswette hat noch einmal gezeigt: Der Kampf um die
121 Gleichberechtigung der Frauen ist leider längst nicht vorbei. Wir werden uns
122 weiter für ein selbstbestimmtes Leben einsetzen, gegen Homophobie und Sexismus.
123 Für den Schutz vor sexualisierter Gewalt.

124 Die Existenz eines „dritten Geschlechts“ ist inzwischen anerkannt; aber die
125 Betroffenen haben es immer noch schwer und brauchen Unterstützung und Beratung.
126 Deswegen wollen wir ein besonderes Beratungsangebot für Transgender-Kinder
127 schaffen. Eine Antidiskriminierungsstelle soll gegen jegliche Benachteiligung
128 helfen.

129 Anerkennung der Vielfalt bedeutet auch Freiheit von Kultur und Kunst. Die
130 Kultureinrichtungen unserer beiden Städte sind quicklebendig und engagiert. Wir
131 werden sie vor Angriffen schützen und verlässlich fördern, auch die freie Szene.

132 Gute und sichere Ordnung

133 Unsere Städte sollen aufgeräumt sein und so sicher wie möglich, in guter
134 Ordnung. Dafür stärken wir Ordnungsdienste und Polizei; aber wir tasten dabei
135 nicht die Bürgerrechte an. Wir wollen die demokratische Kontrolle der Polizei
136 stark machen mit einer unabhängigen Beschwerdestelle – nicht die Kontrolle über
137 die Bürger*innen. Deswegen lehnen wir eine Verschärfung der Polizeigesetze ab.

138 Wir verteidigen entschieden unsere Demokratie und offene Gesellschaft, die
139 Unabhängigkeit der Justiz und der Medien, die heute von Rechts angegriffen
140 werden. Aber unsere Demokratie kann immer noch besser werden. Deshalb wollen wir
141 das aktive Wahlrecht für Bürgerschaft und Beiräte auf 14 absenken. Die
142 Grundrechte unserer Landesverfassung sollen in Zukunft von allen Bürgern vor dem
143 Staatsgerichtshof eingeklagt werden können.

144 Verwaltung für Bürger*innen

145 Die staatliche Verwaltung hat den Auftrag, für eine gute öffentliche Ordnung zu
146 sorgen; vor allem soll sie dabei Dienstleister der Bürger*innen sein. Dafür
147 haben wir das Bürgertelefon eingerichtet und nutzen die Digitalisierung für die
148 Vereinfachung von Antragsstellungen und Behördengängen.

149 Bei Geburt eines Kindes etwa sollen in Zukunft gleich alle Urkunden und
150 Leistungen des Staates automatisch angestoßen werden. Bis 2023 soll die
151 Verwaltung komplett digital arbeiten, aber weiter auch auf anderen Wegen für die
152 Bürger*innen erreichbar bleiben.

153 Die Parlamente sind das Herzstück unserer Demokratie. Die politische
154 Meinungsbildung und Teilhabe an Entscheidungen hat heute vielfältige Formen, die
155 wir unterstützen: Dialog mit Bürgerinitiativen auf Augenhöhe, organisierte
156 Bürgerbeteiligung bei größeren Vorhaben. Dazu wollen wir auch Bürgerforen
157 ausprobieren, die repräsentativ ausgewählt werden.

158 Bremerhaven und Bremen

159 Nur die beiden Städte Bremerhaven und Bremen zusammen machen unser Bundesland
160 aus. Wir haben die Altschulden beider Städte auf das Land übertragen und die
161 finanziellen Beziehungen zu Bremerhaven neu geregelt, damit sie den besonderen
162 Herausforderungen der Seestadt besser gerecht werden.

163 Wir wollen, dass die stadtbremischen Häfen in Bremerhaven endlich gemeinsames
164 Landeseigentum werden. Wir unterstützen einen kräftigen Ausbau der Hochschule
165 Bremerhaven, Investitionen in den Strukturwandel wie die Touristik. Wir kämpfen
166 um die Zukunft der Windenergiebranche, die durch die Bundesregierung behindert
167 wird.

168 Dafür treten wir auch im Bundesrat ein. Die Regierungsbeteiligung der GRÜNEN ist
169 der Garant dafür, dass die Stimme Bremens im Bund eine Stimme der Vernunft und
170 der sozial-ökologischen Reformen ist.

Begründung

Erfolgt mündlich.